Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 5

Artikel: Eine neue kommunistische Sprachregelung bahnt sich an : Abkehr vom Begriff der "friedlichen Koexistenz"

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076507

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine neue kommunistische Sprachregelung bahnt sich an

Abkehr vom Begriff der «friedlichen Koexistenz»

Der 20. Kongress der KPdSU im Februar 1956 brachte eine grundlegende Revision ins aussenpolitische Konzept der osteuropäischen Staaten. Dieser Parteitag erklärte nämlich, dass der Krieg zwischen Sozialismus und Kapitalismus vermeidbar sei, dass der Sieg des Sozialismus auch ohne Krieg garantiert werden könne. Auf die neue These der Vermeidbarkeit des Krieges stützte sich seit 1956 die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ordnung. Diese Politik wurde anlässlich der kommunistischen Konferenzen in Moskau 1957 und 1960 in den Rang der offiziellen aussenpolitischen Linie sowohl der «sozialistischen» Staaten als auch der gesamten kommunistischen Weltbewegung erhoben. Erst nachher haben sich die chinesischen und albanischen Kommunisten von dieser Politik grundsätzlich distanziert und betonen seither die weitere Gültigkeit der alten These, nämlich die Unvermeidbarkeit des Krieges.

Die Parole von 1956 ...

Wie man in der Sowjetunion in einem Redaktionsartikel des offiziellen Organs des ZK der KPdSU (Nr. 3/1963, Seite 16) direkt betonte, unterscheidet sich die Politik der friedlichen Koexistenz nach 1956 und in den zwanziger Jahren darin, dass sie zu Lenins Lebzeiten nur für kurzfristigen Zeitgewinn eingesetzt wurde, jetzt aber für eine längere Dauer bestimmt sei. Der sowjetische Aussenminister Gromyko erklärte in seinem 1962 veröffentlichten Buch (Friedliche Koexistenz — der Leninsche Kurs der Aussenpolitik der Sowjetunion. Moskau, 1962, S. 117, Russisch), dass diese Politik seitens der Sowjetunion kein kurzfristiger taktischer Zug, sondern eine für eine längere Periode geltende politische Linie sei. Allerdings scheinen die Gründe, welche im Buch angeführt werden und die Betonung, dass diese Politik den Uebergang der kapitalistischen Länder zum sozialistischen System ebnen und vorbereiten müsse, dieser zur Beruhigung der Gegner abgegebenen Zusicherung zu widersprechen.

Gromyko schrieb beispielsweise: «Die friedliche Koexistenz, welche die Massen zum aktiven Kampf für Frieden, Demokratie und nationale Befreiung mobilisieren will, trägt zum friedlichen Uebergang zum Sozialismus bei» (S. 99). Ferner: «Das Prinzip der friedlichen Koexistenz entspricht am besten den Interessen der weiteren Förderung der sozialistischen Revolution und der Festigung der Positionen des Sozialismus» (Seite 100).

Ein bekannter Rechtsphilosoph, W. M. Sursalow, ergänzte die Ausführungen Gromykos folgendermassen: «Die friedliche Koexistenz ist behilflich, die breitesten Volksmassen für die sozialistische Entwicklung zu gewinnen» (Sowetskoje gosudarstwo i prawo, Nr. 3/1963, S. 31). Die östliche Theorie betont offen, dass «die friedliche Koexistenz nicht der Aufrechterhaltung des Status quo» zwischen Kapitalismus und Sozialismus diene (Tarsadalmi szemle, Budapest, Nr. 5/1963, S. 73), sondern einem zugespitzten Klassenkampf auf internationaler Ebene gleichkomme, ferner, dass die sozialistischen Länder in diesem Kampf eine offensive Haltung einnehmen und den dialektisch verstandenen Frieden aktiv (!) verteidigen müssen (Sursalow, a. a. O., S. 31).

Die friedliche Koexistenz bedeutet also nach der offiziellen Version die Ablehnung des Krieges und die Bejahung der Revolution mit friedlichen Mitteln oder mit Bürgerkrieg, abhängig von der Haltung des Klassenfeindes. Diesen Revolutionen verspricht das Parteiprogramm (I. Teil, 5. Kapitel) die Hilfe der KPdSU bzw. des Sowjetstaates, weil sie dies als eine internationale Pflicht betrachten (Gromyko, a. a. O., S. 99). Die Revolution sei kein Krieg, sie beuge sogar dem Krieg vor, da sie eine Form der nationalen Selbstbestimmung bedeute (N. A. Uschakow: Die Souveränität im heutigen Völkerrecht, Moskau 1963, S. 47) und die UNO-Charta die Selbstbestimmung der Nationen befürworte. (Die nationale Selbstbestimmung wird im Marxismus-Leninismus der Bestimmung des sozialen Systems gleichgestellt.) Die friedliche Koexistenz sei daher eine dialektische Einheit von (friedlicher oder nichtfriedlicher) Revolution, internationalem Klassenkampf und nationalem Befreiungskrieg.

... wurde auch daheim missverstanden

Es scheint jedoch heute beinahe sicher zu sein, dass man die Parole der friedlichen Koexistenz in Osteuropa bald fallen lässt. Schon heute wird sie in den offiziellen Stellungnahmen von Partei und Staat sowie in der politischen Literatur meistens durch den Begriff des Kampfes für die Demokratie ersetzt. Die friedliche Koexistenz war die Erfindung Chruschtschews. Seine Nachfolger wollen diesen Begriff etwas mehr präzisieren, kämpferischer gestalten und ihm einen offensiveren Charakter verleihen. Der Begriff der «friedlichen Koexistenz» selbst führte nämlich sogar in den «sozialistischen» Ländern zu zahlreichen Missverständnissen.

Obwohl Partei- und Staatserklärungen immer wieder betonten, die friedliche Koexistenz bedeute keinesfalls eine geistige Koexistenz, die Koexistenz der Ideologien, gab es in allen östlichen Ländern grosse intellektuelle Gruppen, welche sich auch für eine geistige Koexistenz einsetzten. 1961 unterbreitete eine Gruppe sowjetischer Schriftsteller dem 22. Parteikongress eine dementsprechende Denkschrift, die jedoch von Chruschtschew abgelehnt und dem Kongress nicht vorgelegt wurde. Anderseits gibt es zahlreiche Elemente im Osten — wie auch in den westlichen linksgerichteten Kreisen —, welche die friedliche Koexistenz mit der Aufstellung der Diktatur des Proletariates, welche als offizielle Zielsetzung dieser Politik gilt, für unvereinbar halten. Die Politik der friedlichen Koexistenz wird aber nicht nur von rechts, sondern auch von links kritisiert, nämlich von der chinesischen und albanischen KP. Diese beharren auf der alten These der Unvermeidbarkeit des Krieges und lehnen jegliche friedliche Koexistenz ab.

Die neue aussenpolitische Parole «Kampf für die Demokratie» entspricht daher den neuen Bedingungen der internationalen Lage viel besser. Sie ist auch dialektisch genug, denn der Begriff der Demokratie garantiert die entsprechende Elastizität für die neue politische Linie. Der «Kampf für die Demokratie» galt früher als einer der Bestandteile der friedlichen Koexistenz, allerdings nicht als der wichtigste. Jetzt hat dieser Begriff einen neuen, dialektischen Inhalt erhalten.

«Kampf für die Demokratie» ...

Die Demokratie bedeutet im Sinne des Marxismus-Leninismus eine Staatsform, in welcher die Macht entweder tatsächlich vom Volk — in der sozialistischen Demokratie — oder nur nominell von ihm ausgeübt wird — in der bürgerlichen Demokratie (Juristisches Wörterbuch, Moskau 1956, Bd. I., S. 24 849, Russisch). Anderseits ist die Demokratie eine Form der Klassenherrschaft, weshalb von «Demokratie im allgemeinen», von «absoluter Demokratie», einer «über den Klassen stehenden Demokratie» niemals gesprochen werden kann (Kleine Rechtsenzyklopädie, Warschau 1959, S. 98—99, Polnisch). Die Demokratie «dient letzten Endes der Produktion und wird durch die Produktionsverhältnisse der gegebenen Gesellschaft bestimmt» schrieb Lenin (Werke, Bd. 32, S. 50, Russisch) und diese These gilt vollumfänglich auch heute. Da aber Grundlage der Produktionsverhältnisse die Eigentumsverhältnisse sind (Philosophisches Wörterbuch, Moskau 1963, S. 365, Russisch), hängt die Entwicklung der Demokratie mit jener des Eigentumssystems eng zusammen. Die Demokratie in einer sich auf das Privateigentum stützenden Gesellschaftsordnung bedeute die Demokratie für die Besitzenden und die Diktatur für die Besitzlosen, eine Diktatur der Minderheit über die Mehrheit (Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Berlin/Ost, 1963, S. 534).

... «neuen Typs»

Bei der sich auf Privatwirtschaft und Privateigentum stützenden Gesellschaftsordnung wird von der Demokratie alten Typs gesprochen, während nach einer sogenannten «revolutionären Nationalisierung» der Produktionsmittel eine Demokratie neuen Typs, eine Demokratie für die Mehrheit und Diktatur für die Minderheit vor uns steht (Ebenda, S. 626 ff.). Die Verbindung der Demokratie mit dem Klassenkampf, mit der Klassenstruktur sowie mit dem Eigentumssystem hat zur Folge, dass der Marxismus-Leninismus keinen einheitlichen Demokratiebegriff hat, sondern eine Hierarchie der Demokratiebegriffe entwickelte: bürgerliche, sowjetische und volksdemokratische — beide zusammen sozialistische —, nationale, revolutionäre und Parteidemokratie.

Uns interessiert im Zusammenhang mit dem Kampf für die Demokratie die Frage der bürgerlichen Demokratie. Die marxistisch-leninistische Theorie bzw. politische Wissenschaft behauptet, dass in den bürgerlichen Staaten die Vertretungsdemokratie durch einen politischen Totalitarismus faschistischen Typs ersetzt werde (stufenweise), dass die Vertretungsdemokratie nicht mehr das Ideal der Bourgeoisie sei (Sejm-

diskussion über die Verfassung der Polnischen Volksrepublik, Warschau 1952, S. 93—95, Polnisch). Das System der Privatwirtschaft erlaube es nicht, eine wirtschaftliche Demokratie herbeizuführen, weil das Privateigentum an Produktionsmitteln «objektiv gesetzmässig» mit der Ausbeutung verbunden sei (Nova mysl, Prag, Nr. 17/1967, S. 3—7. Korinek-Tomasek: Die Führungsrolle der kommunistischen Partei und Grundprobleme der Demokratie). Die Demokratie alten Typs habe also vollständig versagt. Sie sei seinerzeit, im Kampf gegen die feudalen Ueberreste, fortschrittlich gewesen, nachher aber volksfeindlich und reaktionär geworden.

Das Programm ...

Nachdem also im bürgerlich-kapitalistischen System die politische Demokratie praktisch aufgehoben wurde und eine wirtschaftliche Demokratie sowieso niemals erreicht werden könne, müsse im Sinne der heutigen politischen Theorie der Ostblockstaaten ein Kampf für die Demokratie unter kommunistischer Leitung geführt werden. Dieser Kampf habe zum Ziele, nicht die alte Demokratie mit ihren veralteten Institutionen wiederherzustellen, sondern die Demokratie neuen Typs, die sozialistische Demokratie zu errichten. Dieser Kampf für die demokratischen Reformen (gemeint sind darunter Reformen, welche vom Klassenstandpunkt aus gesehen diktiert werden) könne durch Bürgerkrieg oder mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden, abhängig vom Verhalten der Bourgeoisie. Der italienische Kommunistenführer, Luigi Longo, schrieb folgendes: «Es ist völlig klar, dass unter den neuen Bedingungen niemand vollständig garantieren kann, dass es nicht zu einem Bürgerkrieg kommt, da die herrschenden Klassen, wie Lenin lehrt, die Macht nicht freiwillig abtreten wollen und die reaktionäre Bourgeoisie immer bereit ist, zur Gewalt zu greifen, um den Weg zum politischen und sozialen Fortschritt zu versperren» (Woprosy istorii KPSS, Moskau, Nr. 8/1967, S. 17—29).

Der vom Proletariat zu führende Kampf muss einen recht ausgeprägten «wirtschaftlich-demokratischen Charakter» annehmen («revolutionäre Nationalisierung», demokratische Kontrolle über den nichtsozialisierten Wirtschaftssektor, Ausdehnung der Rechte der Gewerkschaften — die unter Parteiführung stehen — usw.) und sich der Theorie nach auf das Bündnis aller fortschrittlichen Elemente in der Form einer Volksfront stützen (Prawda, 29. Mai 1964).

Eine «revolutionäre Nationalisierung», welche den Ausgangspunkt des Kampfes für die Demokratie bildet, könne nur von einer revolutionären demokratischen Volksfrontregierung unter kommunistischer Führung verwirklicht werden (Polititscheskoje samoobrasowanie, Moskau, Nr. 12/1966, S. 82—90. Redaktionsartikel dieses Organs des ZK der KPdSU für die Propagandisten).

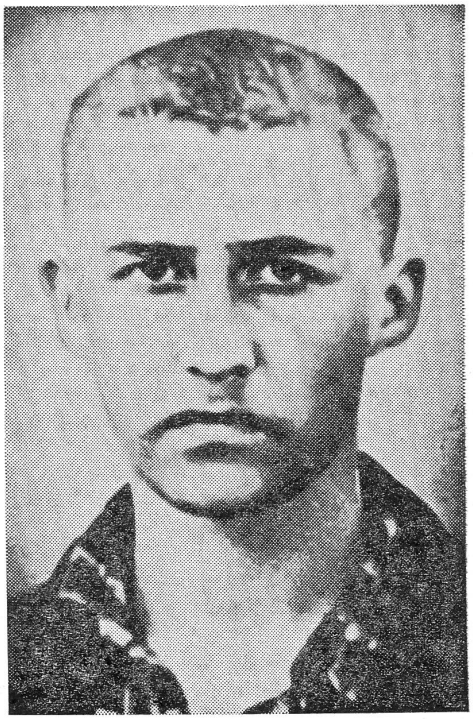
Der Kampf für die Demokratie müsse der sozialistischen Bewegung des Proletariates stufenweise näherkommen. Träger und Hauptkräfte beider Bewegungen müssten einander nach Klassenstruktur stufenweise nähergelangen. In der Uebergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus sei das Bürgertum die Triebkraft der demokratischen Bewegung gewesen, heute sei dies die Arbeiterklasse, welche zugleich auch Trägerin der sozialistischen Ideale und die leitende Kraft der sozialistischen Bewegung sei. Daher werde der Kampf für die Demokratie als «die wichtigste Bedingung der Vorbereitung der sozialistischen Revolution angesehen: Demokratische Reformen und Umgestaltungen sind in der Gegenwart ein neues taktisches Kampfmittel, das die Heranführung der Massen zur Verwirklichung der sozialistischen Revolution garantiert» (Wedomosti Moskowskogo Uniwersiteta. Moskau, Filosofija Nr. 1/1967, S. 8—19, hier 13).

... im internationalen Klassenkampf

Der Kampf für die Demokratie sei eine besondere Form des internationalen Klassenkampfes. Ohne diesen Kampf könnten in einem Staat mit antagonistischen Klassen keine Entwicklung und keine Konzessionen erzwungen werden (Ebenda). Der Kampf für die Demokratie bedeute eine «mehrstufige revolutionäre Entwicklung bis zur Diktatur des Proletariates» (N. Tropkin: Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution. Moskau 1961, S. 53, Russisch). Er bedeute eine Evolution mit Reformen als Vorstufe der sozialistischen Revolution. Die Entwicklung besteht nämlich nicht aus lauter Sprüngen vorwärts. Deshalb müssten die Reformen als notwendiges Nebenprodukt, als quantitative Aenderung aufgefasst werden, welche im gegebenen Zeitpunkt zu einer neuen Qualität — durch friedliche oder nichtfriedliche Revolution — führen können (Kommunist, Nr. 8/1966, S. 68—80. Schtschirkowskij: Die Leninsche Theorie der sozialistischen Revolution und die Gegenwart. Russisch). Heute gilt die These, dass das Wesen des Sprunges nicht im vollständigen Zerstören des Alten bestehe (Woprosy istorii KPSS, Nr. 8/1966, S. 90—100. Schatagin: Marxistisch-leninistische Lehre über die Strategie und Taktik der Partei. Russisch). Die durch den Kampf für die Demokratie entstandene revolutionäre Bewegung besteht also aus der Dialektik von zwei Entwicklungsstufen: einer quantitativen Stufe (Kampf für die Demokratie, Reformen) und einer qualitativen (Revolution). Allein die Evolution (Kampf für die Demokratie) könne nicht zum Sozialismus führen, die Verwirklichung der qualitativen Aenderung sei ohne revolutionären Zwang, ohne Gewaltanwendung nicht vorstellbar (Ebenda).

Als wichtigste Aspekte der Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung in den nichtsozialistischen Ländern werden an-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der «Kampf für die Demokratie» ist natürlich nur im kapitalistischen Ausland gültig. Wer ihn auch in der UdSSR führen will (verurteilte Schriftsteller Galanskow, Ginsburg, Dobrowolskij), kommt ins Gefängnis.

Malaise in der Jugend Bulgariens

Die steigende Unzufriedenheit unter der bulgarischen Jugend scheint einen Grad erreicht zu haben, der keine weitere Bagatellisierung von seiten der Partei und der Regierung mehr zulässt.

Die Ergebnisse einer in «Narodna Mladesch» am 25. November 1967 veröffentlichten Meinungsumfrage unter Bulgariens Jugend haben deutlich gezeigt, dass sich der Gegensatz zwischen den Führungsorganen einerseits und der Jugend anderseits verhärtet hat. In den Augen der Jugend macht sich die Partei auf Grund ihrer zwiespältigen Haltung immer unglaubwürdiger. Den jungen Menschen wird vorgeworfen, sie entfremdeten sich in zunehmendem Masse von der sozialistischen Gesellschaft, legten einen «nationalen Nihilismus» an den Tag und verachteten alle bulgarischen Errungenschaften gegenüber einer kritiklosen und begeisterten Hingabe an Kulturimporte aus dem westlichen Ausland.

Dieser unerwünschten Ueberfremdung setzt jedoch die Partei, wohl ohne sich dieses Widerspruchs bewusst zu werden, eine tolerierte, ja sogar geforderte Ueberfremdung entgegen, die in der apodiktischen Feststellung Schiwkoffs («Rabotnitschesko Delo», 9. September 1967), dass in Bulgariens tiefer Verbundenheit mit der Sowjetunion und ihrer leninistischen Partei das eigentliche Wesen des sozialistischen Patriotismus liege, und in den Ausführungen Atanasoffs auf dem 14. Komsomol-Plenum («Narodna Mladesch», 21. Dezember 1966) ihren Ausdruck findet, wenn er erklärt, dass der Patriotismus der bulgarischen Jugend in der «unauflösbaren Freundschaft mit der Sowjetunion und ihrer ruhmreichen Jugend liege».

«Internationaler Patriotismus»

Waren einst starke bulgarische Gefühle für die Sowjetunion vorhanden, so hat die übertriebene Propaganda die Sympathien gedämpft; verstärkter russischer Einfluss und wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit Bulgariens von seinem mächtigen Nachbarn trugen wenig zur Beruhigung der Gemüter bei.

Diese unklare Haltung der Partei — einerseits strikte Ablehnung ausländischen Einflusses und anderseits eine fast bis zur Selbstverleugnung reichende unkritische Verehrung eines wenn auch mächtigen Nachbarn — gewinnt auch durch den Aufruf zur Besinnung auf die grosse nationale Vergangenheit Bulgariens im Mittelalter nicht an Glaubwürdigkeit, wenn anderseits einschränkend darauf hingewiesen wird, «dass die Vergangenheit als solche den Schülern nicht geschildert werden soll, sondern dass sie sorgfältigst in ihrer Verbindung mit der Gegenwart dargestellt werden muss». Kriterium für die Geschichtsbetrachtung ist also der Marxismus, einen Leitfaden bietet das Schlagwort vom «internationalen Patriotismus», ein unreflektierter historischer Grundsatz, welcher die einmalige Bedeutung der «tiefen Liebe Bulgariens zur Sowjetunion» im Rahmen der intensivierten bulgarischen Geschichtsforschung zum Ausdruck bringen soll. So ist also letzten Endes auch dieser Schritt nur eine weitere Hinwendung zur Sowjetunion und nicht eine Besinnung auf das vergangene und gegenwärtige Bulgarien. Diese Selbstidentifizierung zu vollziehen ist der Wunsch und das Ziel der Jugend. «Ich sehe keine Lebensaufgabe, warum sollte ich Illusionen und Träume von Dingen pflegen, die wahrscheinlich nie wahr werden.» «Früher hatte ich Ziele und Träume, aber jetzt folge ich dem Sarg, in dem ich sie begraben werde.» («Narodna Mladesch», 26. Juni 1967)

Das sind nur zwei Stimmen aus einer Vielzahl jugendlicher Unzufriedener. Aus dieser dumpfen Interesselosigkeit möchte die Partei die jungen Menschen befreien, möchte ihnen eine lebenswerte Zukunft vor Augen halten. Jedoch das Werkzeug zur Bewältigung dieser Aufgabe soll der zukünftig noch stärker an die Partei gekettete Komsomol sein. Es sind aber gerade die doktrinären Kreise dieser Organisation, die mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf ideologische Schulung durch Ausklammerung aller übrigen Lebensbereiche wenig Anziehung auf die Jugend ausüben. Ein Artikel in «Rabotnitschesko Delo» vom 21.November 1967 beschreibt «das stupide Leben im Komsomol» und die dazu im Gegensatz stehende «Aktivität und schöpferische Schaffensfreude der Jugend ausserhalb dieser Organisation».

Schiwkoffs gutes altes Rezept

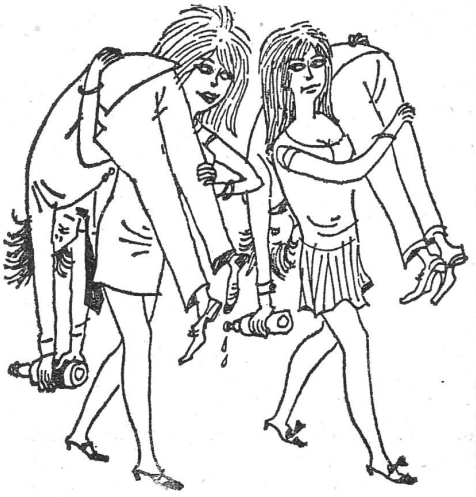
Ende November wurden zwei mit dem Jugendproblem in direktem Zusammenhang stehende Dokumente veröffentlicht: Am 21. November berichtete «Rabotnitschesko Delo» über Parteisekretär Schiwkoffs Thesen zur Jugendfrage (während der Text der Thesen erst am 1. Dezember 1967 in dem gleichen Blatt erschien), und am 25. November veröffentlichte, wie bereits eingangs erwähnt, «Narodna Mladesch» die Ergebnisse der Meinungsumfrage unter den Jugendlichen in Anbetracht des ursprünglich schon für den 22. November geplanten und dann Anfang 1968 verschobenen 11. Komsomol-Kongresses.

Die Thesen Schiwkoffs, die dieser erstmals in einer Sitzung des Politbüros am 12. Oktober 1967 entwickelt haben soll und die inzwischen eingehend von Partei und Komsomol diskutiert worden sind, stellen im wesentlichen eine Kritik an Struktur und Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisation dar. Gleichzeitig entwickeln die Thesen «neue» Wege zur Ueberwindung des Jugend-Dilemmas, welches mit den bekannten Schlagworten, wie «Entfremdung von der sozialistischen Gesellschaft», «Nationaler Nihilismus», «Bewunderung für Errungenschaften der westlichen Bourgeoisie», umschrieben wird.

Ausgehend von seiner Kritik am Komsomol sieht Schiwkoff jedoch in dieser Organisation, nach Straffung ihrer Gliederung und stärkerer Integrierung in die Partei sowie nach Ausdehnung ihres Tätigkeitsbereichs über ideologische Schulung und Arbeitsüberwachung hinaus auf Gebiete wie Sport und Freizeitgestaltung, das geeignetste Instrument, um die beunruhigte Jugend wieder in den Griff zu bekommen.

Inzwischen hatte das Plenum der KP Bulgariens am 26. Dezember 1967 die Thesen im Zusammenhang mit der Jugend-Debatte eingehend behandelt und sie zur Plattform für den vom 10. bis 13. Januar 1968 abgehaltenen Komsomol-Kongress erklärt.

Zu Beginn des neuen Jahres fand dann am 3. Januar eine vorbereitende Konferenz des Zentralkomitees des Komsomols statt, auf welcher Schiwkoffs Programm ebenfalls zur verbindlichen Richtschnur des Kongresses erklärt wurde.



«Du hast es wieder einmal gut getroffen. Du weisst ja sogar die Adresse von deinem!» (Starschel», Sofia)

Friedliche Koexistenz

(Fortsetzung von Seite 3)

geführt: 1. Kampf für die Demokratie, welcher die Massen zur sozialistischen Revolution führt; 2. Hegemonie der Arbeiterklassen in der Revolution; 3. Friedliche oder nichtfriedliche Formen des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus (Wedmosti Moskowskogo Universiteta. Filosofija, Nr. 1/1967, S. 8—19. Artikel von A. D. Koschitzew). Der Kampf für die Demokratie hat also die Aenderung der gegebenen politischen, staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur zum Ziele (Partijnaja Schisn, Moskau, Nr. 3/1966, S. 40—43. Artikel von I. Minaew).

«Der Kampf für die Demokratie ist ein Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus... Der konsequente Kampf für die Demokratie... führt letzten Endes zur Expropriation des Bürgertums, zur Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die Zielsetzungen und Aufgaben des Kampfes nähern sich denjenigen des Kampfes für den Sozialismus. Der Inhalt des Kampfes für die Demokratie ist die wirtschaftliche, politische und geistige Befreiung der Werktätigen. Verständlicherweise kann dies bei der Aufrechterhaltung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie nicht verwirklicht werden. Darin kommen Annäherung und Zusammenfallen des Kampfes für die demokratischen Reformen mit den Zielsetzungen der sozialistischen Revolution zum Ausdruck, welche allein imstande ist, eine Gesellschaftsordnung zu garantieren, die die soziale, wirtschaftliche und geistige Befreiung der Werktätigen mit sich bringt... Demokratische Reformen und Umgestaltungen sind in der Gegenwart ein neues taktisches Kampfmittel, das die Heranreifung der sozialistischen Revolution garantiert» (Pravnicke studie, Pressburg, Nr. 1/1967, S. 18—28. Artikel von Umberto Cerroni: Demokratie und sozialistische Revolution. Slowakisch). *Re.*